

Die Angst der Politiker vor dem „Nimby“

So heißen die Wutbürger im Englischen, die gegen jedes Projekt aus Egoismus aufstehen – aber nicht wenige Proteste sind auch als Korrektiv notwendig

Von Gregor Schiegl

Dachau – Die Bürgerinitiative ließ sich nicht lumpen: 4000 Werbeprospekte verteilte sie an die Indersdorfer Haushalte, um den Bau einer Freiflächensolaranlage in Niederroth zu verhindern. Gebracht hat die Materialschlacht am Ende nur wenig. Beim Bürgerentscheid stimmten im Oktober 2011 fast zwei Drittel der Wähler für den Bau der Anlage. Gemeinderat Georg Weigl von der Wählergruppe Umweltdenken nahm den Ausgang als Bestätigung dafür, dass Indersdorf im deutschlandweiten Trend liege. „Die Energiewende ist in den Köpfen der Leute angekommen.“ Schön!

An dem Fall zeigt sich aber auch ein anderer Trend: der Trend zum Aufstand. In Altomünster rebelliert die Bürgerinitiative „Holzweg 21“ gegen die geplante Verbindungsstraße zwischen Altomünster und Unterzeitlach, in Odelzhausen wehrt sich der Verein „Unser Wald“ gegen Pläne eines Investors, in einem Waldstück bei Hohenzell fünf Windräder zu bauen. In Erdweg entzweit ein erbitterter Streit die Bevölkerung, ob eine Biogasanlage zwischen Walkershofen und Großberghofen gebaut werden soll.

In Dachau gefällt sich die fraktionslose Stadträtin Elisabeth Schilhabel als Jeanne d'Arc, die gegen ihre etablierten, und „dummen“ Stadtratskollegen zu Felde zieht. Natur- und Denkmalschutz hat sie sich aufs Banner geschrieben. „Rettet die Bäume“ heißt eine Initiative, die andere „Rettet den Schlossberg“. Die alte Flaschenfüllerei am Schlossberg soll ein Wohnprojekt weichen. Und auch die Bäume der Stadt sind in Gefahr.

In einer Videodokumentation prangert sie die „Hinnichtung“ von Bäumen an. „So wie unsere Eltern schuld waren am Hitler-Reich, so sind wir Schuld an der Zerstörung der Erde.“ Die Empörung geht Hand in Hand mit einem moralischen Rigorismus, dem jegliche Verhältnismäßigkeit abhandeln gekommen ist.

In den Medien werden solche Menschen gerne „Wutbürger“ genannt. Weil sie wütend sind auf die Politik, die sie tatsächlich oder vermeintlich schände übergeht. Der Begriff geht auf ein *Spiegel*-Essay aus dem Jahr 2010 zurück, als die Proteste gegen Stuttgart 21 eskalieren. Darin heißt es über den Wutbürger: „Er fühlt sich ausgebeutet, ausgenutzt, bedroht. Ihn ärgert das andere, das Neue. Er will, dass alles so bleibt, wie es war.“ Die Politiker aber wollen gestalten – und sie müssen es auch. Denn nichts bleibt, wie es ist. Neue Menschen kommen in den Landkreis und siedeln sich an.

Für sie braucht man Arbeitsplätze und die Mittel, um die Infrastruktur auszubauen beispielsweise in der Kinderbetreuung. Dafür braucht es auch Gewerbe. Fabrikhallen sind selten ein Beitrag zur Dorfverschönerung, aber ein Gemeinwesen, das aussieht wie ein Bauernhofmuseum, funktioniert eben auch nur selten. Das wissen auch die Bürger – im Prin-



Ruhe ist erste Bürgerpflicht? Von wegen! Beim Demonstrationzug durch Dachau gegen die geplante dritte Startbahn am Flughafen München zeigte die Abordnung aus Schwaabhausen, dass ein lauter Weckruf dringend nötig ist, um Schlimmeres zu verhindern. Foto: Jørgensen

zip jedenfalls. Sie wissen, dass die darübende Gemeinde Karlsfeld neue Einnahmen durch Gewerbesteuer braucht. Und die Menschen in Indersdorf, Erdweg und Odelzhausen wissen, dass die von allen – oder doch fast allen – befürwortete Energiewende nur gelingen kann, wenn man neue Windräder errichtet und Solaranlagen. Es hat seine Bewandnis, wenn die Gegner des Solarfelds in Niederroth ihrer Initiative den Namen „Solar Wehrem/Niederroth“ geben. Es soll unterstreichen, dass sie für Solarenergie sind. Aber eben nicht an diesem Standort.

Im Englischen gibt es einen passenden Ausdruck für diese Hinterhofrebell. Nimby werden sie genannt, kurz für „Not in my backyard“; sie verkörpern den Typus von Bürger, der den Aufstand probiert, sobald vor der eigenen Haustür gebaut werden soll. In einem dicht besiedelten Landkreis wie Dachau stößt fast jede größere Baumaßnahme auf einen Nimby. Zum Teil muss man vielleicht auch die Bürgerinitiative zur Ortsentwicklung in Karlsfeld dazu zählen. Sie wendet sich gegen Pläne, am Karlsfelder See ein kleines Gewerbegebiet auszuweisen, um ein Logistikcenter für die wachsende Kosmetikfirma Artdeco unterzubringen. Sie ist schon für die Ansiedlung von Artdeco-wonders. Dass die Gemeinderäte nun den in der Tat nicht besonders attraktiven Plan geschmiedet haben, ausgerechnet neben dem Erholungsgebiet Karlsfelder See ein Gewerbegebiet zu errichten, hat vor allem damit zu tun, dass ihr bei einem Bürgerentscheid Ende 2010 die Option auf ein 7,3-Hektar-Areal im Grünzug an der Grenze zu Dachau genommen wurde. Die Proteste kosten die Kommunen aber nicht nur Nerven, son-

dern auch Zeit und Geld: In Dachau haben Eltern mehr als 3000 Unterschriften – allerdings sind nur 2185 gültig – für ein Bürgerbegehren gegen das städtische Konzept für einen Neubau des Pfarrkindergartens Mariä Himmelfahrt gesammelt. Falls die Kindertagesstätte nicht bis Ende 2013 bezogen wird – und das erscheint zunehmend unwahrscheinlich – könnten der Stadt Zuschüsse bis zu 400 000 Euro verloren gehen.

Da wundert es nicht, wenn Kommunalpolitiker am Bürger verzweifeln, den sie doch so gut zu vertreten meinen. Jüngst



Elisabeth Schilhabels Widerstand gegen eine Baumfällung führte sogar zu einem Polizeieinsatz. Foto: Jørgensen

sagte Karlsfelds CSU-Fraktionschef Stefan Handl: „Manchmal gewinnt man den Eindruck, wir sind in einer zunehmend individualisierten Gesellschaft die Einzigen, die sich in Karlsfeld noch darum bemühen, einen gerechten Ausgleich der unterschiedlichen Interessen zu schaffen.“ Handl weiß selbst, dass das nur ein Teil der Wahrheit ist. Die Proteste, sagte er, zeigten auch, „wie sensibel die Menschen gegen Flächenversiegelung und Verlust von Freiräumen geworden sind.“ Man darf unterstellen, dass das auch mit dem recht großzügigen, vielleicht oft zu großzügigen Umgang mit Flächen in der Vergangenheit zu tun hat.

Bürger gründen eine Genossenschaft und errichten eine Photovoltaikanlage.

Proteste werden von Entscheidungsträgern meist nur als Widerstand wahrgenommen, dabei sind sie oftmals eben auch ein wichtiges Korrektiv. So brachte in den vergangenen Jahren erst der massive Druck der Straße hochrangige Vertreter von CSU und SPD im Landkreis zur Einsicht, dass ein Flughafenausbau zwar im Interesse ihrer Parteiführung war, aber nicht im Interesse der Menschen, die sie zu vertreten haben. Auch in Karlsfeld, wo die Auseinandersetzungen zuletzt nicht nur besonders zahlreich, sondern auch besonders heftig waren, geht es keineswegs um Obstruktion. Wolfgang Offenbeck, CSU-Fraktionschef im Kreistag und Zweiter Bürgermeister, sagt, die Auseinandersetzung um das Gewerbegebiet 2010 seien für ihn lange Zeit

frustrierend gewesen. Doch jetzt sei er „optimistisch, dass beide Seiten – Politik und Bürger – daraus gelernt haben und neue Wege der Bürgerbeteiligung und -information gefunden werden.“

Der Karlsfelder SPD-Fraktionschef Reinhard Pöbel kündigte einen Antrag für eine weitreichende Bürgerbeteiligung an. „Was spricht dagegen, unsere Bürger am Thema Entwicklung der Gemeinde Karlsfeld in all seiner Vielschichtigkeit teilhaben zu lassen?“ Bürger protestieren ja nicht, wie das manche Polemiker suggerieren, weil es ihnen zu gut geht. Sondern weil sie das Gefühl haben, dass etwas schief läuft. Wenn der Bürger aber im Boot sitzt, so die Überlegung, dann wird er keine Torpedos zünden. In den neunziger Jahren gab es in gewisser Sinne schon einmal ein fast flächendeckendes Modell der Bürgerbeteiligung mit den Arbeitskreisen der Agenda 21. Die sind jedoch größtenteils wieder eingeschlafen. „Lassen Sie einen davon wieder aufleben und bewirken Sie Positives“, ermuntert Karin Boger, die 24 Jahre lang dem Karlsfelder Gemeinderat angehörte, die „lieben Wutbürger“. „Aber ich warne Sie, es ist mehr Arbeit als nur Unterschriften zu sammeln.“ Während manche Initiative tatsächlich nur der Gruppenegoismus zusammenhält, entwickeln sich manche zu neuen Keimzellen des Bürgerengagements. Genau ein Jahr nach dem Bürgerentscheid gründeten im Juli 2011 27 Dachauer aus dem Unterstützerkreis der Initiative kontra Kohlestrom die Genossenschaft „Bürgerstrom Dachau“. Als erstes Objekt will sie eine Photovoltaikanlage in Breitenau mit 130 Kilowatt errichten – wenn das keine Leistung ist.